

BLICKPUNKTE



• **Ortstafeln.** Die Regierungsverhandler haben sich in der Frage zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten geeinigt. Der Inhalt ist zwar noch nicht bekannt, der Kärntner LH Gerhard Dörfler (BZÖ) depointierte gestern aber schon einmal, dass es „null Bedarf an weiteren Ortstafeln“ gebe.

• **Sondersitzung fixiert.** Die von den Oppositionsparteien beantragte Sondersitzung des Nationalrats wird am kommenden Dienstag stattfinden. Thema sind die Regierungsprobleme mit Post und AUA.

• **Asylpolitik kritisiert.** Die Katholische Aktion Kärnten kritisierte gestern den Umgang des Landes mit Flüchtlingen. Die Unterbringung von Asylwerbern auf der Saualm sei ein „Skandal“.



Petzner: „Würde nicht abmontiert.“ (Foto: APA) **Scheibner: Seit gestern Interimsobmann.** (Foto: AP)

BZÖ: Petzner tritt zurück

Wien (VN) Stefan Petzner ist als geschäftsführender BZÖ-Chef zurückgetreten und hat das Amt an Herbert Scheibner übergeben. Petzner bestätigte gestern Abend entsprechende Berichte der „Tiroler Tageszeitung“. Demnach soll Scheibner bis zum Parteitag im April als interimistischer Obmann die Geschicke des BZÖ führen. Scheibner sieht sich allerdings nur als „Übergangslösung“ und will am Parteitag nicht kandidieren.

Petzner war nach dem Tod des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider als designierter Partei- und Klubchef eingesetzt worden. Er zog sich in der Folge allerdings in äußerst emotionalen Medienauftritten, in denen er ausführlich über seine private Beziehung zu Haider sprach, parteiinternen Unmut zu. Dass er wegen seiner umstrittenen Medienauftritte abgelöst wurde, dementierte Petzner freilich: „Ich wurde nicht abmontiert.“



Kanzler auf Jobsuche. (Karikatur: Raos)

Tarifreform bringt 40 Euro

■ **Regierungsverhandlungen: SPÖ und ÖVP haben sich auf Steuerentlastung geeinigt.**

Wien (VN-joh) Die Regierungsverhandlungen nähern sich dem Abschluss: SPÖ-Chef Werner Faymann meinte gestern, dass es am Sonntag soweit sein könnte. Nur ÖVP-Obmann Josef Pröll sagte, dass es auch noch etwas länger

„Die Steuerreform ist ein Witz. Die Entlastung wird verpuffen.“
BERNHARD THEMESL, FPÖ-POLITIKER

dauern könnte. Verhandler aus seiner Partei bezweifelten dies freilich.

Die Steuerreform 2009 ist fix: 2,3 Milliarden Euro werden über eine Lohn- und Einkommensteuer-Senkung ausgeschüttet, 500 Millionen Euro sollen zusätzlich den Familien zugute kommen (siehe eigenen Artikel dazu).

Wie sich die Lohn- und Einkommensteuer-Senkung auswirken wird? Der Bregenzner Steuerberater Siegfried Metzler hat für die „VN“ konkrete Beispiele durchgerechnet (siehe auch den Kasten dazu).

Auffallend: Bezieher eines Bruttoeinkommens von 1750 Euro werden um 41,13 Euro pro Monat entlastet. Diese Einkommensgruppe entspricht dem statistischen Durchschnitt.

In weiterer Folge macht es keinen allzu großen Unterschied mehr, ob man etwa 2500 oder 4000 Euro verdient: Im ersten Fall wird man um 52,40 Euro entlastet, im zweiten Fall um 58,05 Euro.

Damit bestätigt sich, was der Wirtschaftsforscher Bernhard Felderer gestern in den „VN“ erklärte: Bezieher höherer Einkommen erhalten nicht einmal eine Inflationsabgeltung seit 2005.

„Die Steuerreform ist ein Witz“, wettet FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl: „Die Entlastung wird verpuffen.“

Familien werden spürbar entlastet

■ **Steuerreform: Neue Kinderfrei- und Absetzbeträge werden eingeführt.**

Wien (VN-joh) Die Steuerreform wird auch ein Familienpaket mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro enthalten. „Familien haben es schwer genug, da ist die Entlastung richtig und nötig“, meint der Bregenzner Steuerberater Siegfried Metzler.

wie dieser Freibetrag gehandhabt wird, wenn beide Eltern steuerpflichtig sind.

3 **Kinderbetreuungsabsetzbetrag.** Bis zu 2300 Euro der pro Jahr anfallenden Kinderbetreuungskosten sollen steuerlich absetzbar werden. Auch davon werden jedenfalls nur Steuerzahler

„Die Familien haben es schwer genug. Die Entlastung ist daher richtig und nötig.“
SIEGFRIED METZLER, STEUERBERATER



profitieren. Offen ist indes noch, ob dieser Absetzbetrag mit einem Selbstbehalt und einer Einkommensobergrenze versehen wird.

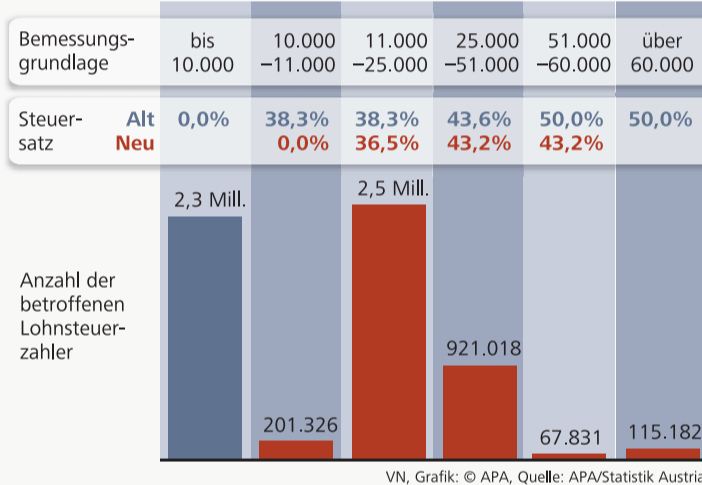
Das Gesamtpaket ist im Idealfall spürbar: Wer alle Maßnahmen ausschöpfen kann, darf mit einer jährlichen Entlastung von rund 1400 Euro rechnen.



Zur Familienentlastung müssen noch Details geklärt werden: Pro Kind und Jahr winken aber bis zu 1400 Euro. (Foto: VN/Paulitsch)

Steuerreform-Pläne – Wer profitieren soll

Mögliches Verhandlungsergebnis SPÖ-ÖVP



VN, Grafik: © APA, Quelle: APA/Statistik Austria

WAS DIE LOHN-STEUERREFORM BRINGT

Bruttoeinkommen	Steuer bisher	Steuer künftig	Entlastung
1000 Euro pro Monat	-	-	-
1250 Euro	43,06 Euro	9,19 Euro	33,85 Euro
1500 Euro	116,77 Euro	79,39 Euro	37,38 Euro
1750 Euro	195,29 Euro	154,15 Euro	41,13 Euro
2000 Euro	273,80 Euro	228,92 Euro	44,89 Euro
2250 Euro	352,32 Euro	303,68 Euro	48,64 Euro
2500 Euro	430,83 Euro	378,44 Euro	52,40 Euro
2750 Euro	517,44 Euro	463,50 Euro	53,94 Euro
3000 Euro	606,74 Euro	551,98 Euro	54,75 Euro
3250 Euro	696,03 Euro	640,47 Euro	55,57 Euro
3500 Euro	785,33 Euro	728,95 Euro	56,38 Euro
3750 Euro	874,63 Euro	817,44 Euro	57,19 Euro
4000 Euro	969,33 Euro	911,39 Euro	58,05 Euro

GASTKOMMENTAR



Schatzgräberei

PETER BUSSJÄGER

Der bekannte Historiker Manfred Tschäpker hat vor ein paar Jahren ein wirklich lesenswertes Buch mit dem Titel „Schatzgräberei in Vorarlberg und Liechtenstein“ verfasst. Die Schatzgräberei war früher mit bestimmten Ritualen und Beschwörungen verbunden, und nicht selten wurden Leichtgläubige, die viel Geld investierten, übers Ohr gehauen. An die Rituale der Schatzgräberei fühlt man sich erinnert, wenn Leute, die es eigentlich besser wissen müssten, wie der frühere Rechnungshofpräsident Fiedler, im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform von einem 3,5-Milli-

arden-Euro-Schatz sprechen, der nur gehoben werden müsste.

In den noch nicht abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen haben sich die Parteien, soweit darüber bisher etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist, auf einige wesentliche Themen der Verwaltungsreform geeinigt: Es soll Landesverwaltungsgerichte geben und die Schulverwaltung gestrafft werden. Die Normenflut soll abgebaut und die Gesetze von überflüssigem Ballast bereinigt werden. Diese Projekte sind keine Schatzgräberei, sondern solide Verwaltungsreform, keine spektakulären Würfe, sondern

pragmatische Ansätze. Sich einstellende Dé-jà-vu-Erlebnisse kann man nicht der kommenden, sondern nur der Reformunfähigkeit der vorangegangenen Regierungen zum Vorwurf machen.

Leider scheinen der Öffentlichkeit die Verlockungen der Schatzgräberei besser zu gefallen: Anstatt anzuerkennen, dass zumindest versucht wird, Liegegebliebenes trotz fehlender Verfassungsmehrheit umzusetzen, wird das Reformvorhaben niedergemacht: Vor allem manche Wiener Qualitätszeitungen – so zumindest deren Eigendefinition – bejammern, dass schon wieder kein „großer Wurf“ gelungen sei, weil es nicht gelinge, den vermeintlichen 3,5-Milliarden-Schatz zu heben.

Der Gag vom 3,5-Milliarden-Schatz ist ein erschreckendes Beispiel, wie leicht es ist, eine leere Behauptung als unumstößliche

Wahrheit auszugeben: Vor Jahren einmal als 50-Milliarden-Schilling-Einsparungspotenzial von einem unvorsichtigen Politiker in den Wind geblasen, gaukeln die modernen Schatzgräber der Öffentlichkeit vor, dieses Geld könne „ohne weiteres“ – gemeint sind Einsparungen vor allem bei den Ländern und Gemeinden – lukriert werden. Dass seriöse Wirtschaftsforscher diese Art von Schatzgräberei kategorisch ablehnen, stört weder den vermeintlichen Qualitätsjournalismus, noch jene Politiker auf Bundesseite, die glauben, sich damit als Anwälte der geplanten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufspielen zu können. Es wäre ja interessant, irgendwann einmal statt Beschwörungen Vorschläge zu hören, wie der Schatz den konkret gehoben werden soll: Sollen die Ausgaben im Bildungswesen oder der öffentlichen Sicherheit radikal gekürzt werden? Oder im Ge-

sundheitswesen? Dort muss man, wenn man ehrlich ist, angesichts der demografischen Entwicklung froh sein, die Kostenentwicklung einbremsen zu können. Darüber machen sich Schatzgräber und ihr Gefolge keine Gedanken. Wird ja schon wahr sein, wenn man es immer wieder hört, oder?

Also hier mal zur Klarstellung: Der „Schatz“ wäre nur dann zu heben, wenn die Leistungen des Staates dramatisch reduziert würden: Auflassung von Krankenhäusern, Heimen, Schulen, Polizeiposten, mit anderen Worten: Sparen in der Qualität der Infrastruktur zu Lasten vor allem der ländlichen Regionen. Wer das wirklich will, der sollte das Ergebnis seiner Schatzgräberei der Öffentlichkeit nicht verschweigen.

Univ.-Doz. Dr. Peter Bussjäger, Direktor des Föderalismus-Instituts und Landtagsdirektor